

Sozialistische Hochschulzeitung

10/13

#75 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Politiker werben mit den Zumutungen des von ihnen verwalteten Kapitalismus um Zustimmung der Betroffenen zu ihrem Regierungsauftrag

Der praktische Zynismus demokratischer Wahlpropaganda

Was von der kommenden Regierung zu erwarten ist, weiß man spätestens seit dem so genannten TV-Duell zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück. Da haben sie klargemacht – ob sie nun allein oder zusammen regieren –, auf welche Zumutungen man sich in den nächsten vier Jahren gefasst machen muss.

*

Die amtierende Kanzlerin Merkel ist sich des besten „Arguments“ für ihre Wiederwahl sicher. Sie verkündet gleich zu Beginn den 17 Millionen Zuschauern eine unschlagbare Rekordmeldung: „Wir haben so viel Beschäftigte, wie wir noch nie hatten... Die Zahl der Erwerbstätigen bewegt sich auf Rekordniveau... mehr als 36 Millionen, so hoch wie noch nie seit der deutschen Einheit.“ **Arbeit auf Rekordniveau** – in der deutschen Gesellschaft arbeiten so viele Leute wie noch nie... Für wen ist das eigentlich eine Erfolgsmeldung? Etwa für diejenigen, die sich da unter fixen Leistungsvorgaben abschuften, sei es im Niedriglohn- oder Normallohnsektor, mit oder ohne Überstunden, eben dem, was deutsche Arbeitsplätze so an „Gemütlichkeiten“ bereithalten? Oder ist es nicht doch eher ein Erfolg für die kleine Minderheit derjenigen, die 2013 zu einem *billigeren Preis* denn je Arbeit kaufen können und sie für die Vermehrung ihres Vermögens verrichten lassen und deswegen gar nicht genug von dieser rentablen Arbeit kriegen können? Und nicht doch eher ein Erfolg für die noch kleinere Minderheit der politischen Machthaber, die sich per Steuern auf Profite und Löhne einen Teil der Gelderträge aus Arbeit aneignen und damit ihre Machtmittel vermehren? Die oberste Chefin, Kanzlerin Merkel, buchstabiert mit ihrem „Arbeitsplätze“-Argument

jedenfalls den abhängig Beschäftigten klar vor, was sie von dieser Rekord-Erfolgsmeldung haben: Für Menschen ohne eigenes Vermögen gilt im Deutschland von 2013 mehr denn je eine wirklich üble Vergleichsrechnung, nämlich: ohne jede Arbeit ist man allemal *noch schlechter* dran als mit jeder Arbeit, auch wenn die noch so schlecht bezahlt ist. Und die Kanzlerin muss es ja wissen – sie hatte in ihren 8 Jahren Regierung genügend Zeit und Macht, um im Verein mit der privaten Macht der Unternehmer über die Arbeit die absolute Gültigkeit dieser schlechten Alternative zu erzwingen. Das Ergebnis: die Unternehmer haben mehr Geschäfte denn je mit billigerer Arbeit gemacht, präsentiert Merkel nun als *Errungenschaft*, die sie für die Menschen, die auf Arbeit angewiesen sind, herbeiregiert hat.

Die materiellen Nöte, welche sich die Menschen mit ihrer „Beschäftigung“ einhandeln, werden im Wahlkampf 2013 nicht verschwiegen, im Gegenteil. Dafür sorgt der Kandidat der Opposition – ausgerechnet. Steinbrück, einer der sozialdemokratischen Macher der Agenda 2010, wirft die Konsequenzen des Lohnsenkungsprogramms seiner Partei der Kanzlerin als politisches Versagen vor, um für sich daraus einen Regierungsauftrag zu schmieden: Seine Zahlen sind Auftakt für das Versprechen, dass er als Kanzler Deutschlands Beschäftigte am unteren Rand der Lohnskala nicht allein lässt, sondern ihnen mit der Alternative **gesetzlicher Mindestlohn** beispringt. Er übersetzt die Not der Menschen mit ihrer Arbeit in einen Antrag auf *Beihilfe* durch Politik: In voller Verantwortung vor dem Interesse „der Wirtschaft“ an niedrigen Löhnen verspricht Steinbrück 8,50 € in der Stunde als allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze. Das ist doch mal eine Perspektive für die Millionen Arbeitnehmer, die mit ihren jetzigen Löhnen darunter liegen: Unter 8,50 € muss *offiziell* keiner mehr arbeiten, so geht dann das Regime des deutschen Niedriglohnsektors weiter, auf das die 10 Millionen festgenagelt werden, nun sozialdemokratisch geregelt und ins Recht gesetzt durch den Mindestlohn. Dreizehnhundert Euro im Monat – das ist die aktuelle sozialdemokratische Definition, wo im bundesdeutschen Kapitalismus von 2013 Menschen „von ihrer Hände Arbeit“ leben können und damit „für ihre Familien selbst einstehen können“. Und Steinbrück sagt gleich noch dazu, wer davon auch noch ganz gut leben kann: Der deutsche *Staatshaushalt*, der von der Last des hunderttausendfachen →

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG
IN NÜRNBERG

Energiewende 2.0

Wenn Technik, Rentabilität und internationale
Exportperspektive in Konflikt geraten

Dienstag, 22. Oktober, 20 Uhr,
Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23

GegenStandpunkt Vortrag & Diskussion

„Freiheit“ vs. „Sicherheit“ – eine falsche Alternative!

Donnerstag, 24. Oktober, 20 Uhr
Künstlerhaus, Weiß. Saal, Königstr. 93, Nbg.

Wie bürgerliche Freiheit und staatliches Kontrollregime wirklich zusammengehören.

Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden wird an seinem Arbeitgeber irre und liefert der Welt Enthüllungen über die globale und lückenlose Überwachung der Bürger durch den US-Geheimdienst NSA und andere Geheimdienste. Die politischen Reaktionen und die aufgeregten öffentlichen Debatten über den unauflöslichen Zwiespalt von ‚Freiheit‘ contra ‚Sicherheit‘ lassen keinen Zweifel: Snowdens Veröffentlichungen betreffen nicht irgendein Feld der Politik, sondern einen Kernbereich auch und gerade demokratisch-freiheitlicher Staaten.

Die staatlichen Stellen in Amerika und Deutschland rechtfertigen die Überwachung der elektronischen Kommunikation damit, dass sie dem Bürger außer der Freiheit auch noch Sicherheit zu gewährleisten hätten und dass 100 % von beidem zugleich leider nicht zu haben sei. Sie bestehen darauf, dass zur Freiheit die Kontrolle und auf jeden Fall die Kontrollierbarkeit von allen und jedem dazugehört. Damit haben sie ganz recht – und geben eine interessante Auskunft über das hohe Gut der Freiheit.

POLITISCHE VIERTELJAHRESZEIT-
SCHRIFT GEGENSTANDSPUNKT



GegenStandpunkt 3-13
ISSN 0941-5831
100 Seiten
€ 15.-

- Europäische Perspektiven für das verflixte siebte Jahr der Weltfinanzkrise
- Europäische Krisenkonkurrenz
Frankreich ringt um sein europäisches Weltmachtprojekt
- Edward Snowden enthüllt die Dimension der Überwachung durch US-Geheimdienste
- **Volksaufstand, Wahlen, Putsch ... in Ägypten**
- Anlässlich der Fabrik-Katastrophen in Bangladesch: Mit „Fair Trade“ die Welt verbessern!
- **Kultur – wie geht das?**

Im Buchhandel erhältlich:

Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9

Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A

Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung / Rüssel, im Frankenzentrum / Jakob, Hefnersplatz 8 / Frenkel, Fürther Str. 9

Ausleihbar in der Universitätsbibliothek!

www.gegenstandpunkt.com

→ „Aufstockens“ befreit wird.

Die Kanzlerin will von einem allgemeinverbindlichen Mindestlohn nichts wissen. Sie bemüht das „Argument“, dass niedrige Löhne nun mal gut fürs Kapital seien und nur das schaffe Arbeitsplätze. Dann kommt sie Steinbrück noch mit einem weiteren interessanten Vorwurf: Sein Mindestlohn würde noch nicht mal das Problem der **Altersarmut** lösen, weil „selbst bei einem Mindestlohn von 8,50 € 40 Jahre Arbeit nicht ausreichen, um eine Rente zu bekommen, die oberhalb sozialer Zuschüsse liegt.“ So frech sprechen Wahlkämpfer das Elend einer Lohnarbeiterexistenz an, wenn sie den politischen Konkurrenten miesmachen wollen: Die Kanzlerin rechnet den Leuten als Arbeitssuchenden vor, dass sie der Mindestlohn der SPD in die Arbeitslosigkeit stürzt, weil er zu hoch ist. Und denselben Leuten teilt sie als zukünftigen Rentnern ganz locker mit, dass sie nach 40 Jahren Arbeit unterm SPD-Mindestlohn nichts als Armut erwartet, weil er so niedrig ist!

Ganz Anwalt der sozial Schwachen, den er jetzt gerade gibt, knöpft sich Steinbrück dann die vor, die seiner Meinung nach ungerechtfertigte Privilegien genießen. Er sagt: „Es kann nicht sein, dass die **Pensionen für diejenigen im öffentlichen Dienst besser behandelt werden oder stärker steigen als die aus der Umlage finanzierten gesetzlichen Renten.**“ Sozialdemokratische Demagogen wissen genau, zwischen welchen sozialen Gruppen sie Zwietracht und Neid säen müssen, um sich als hart durchgreifende Kanzler der Gerechtigkeit zu qualifizieren: Alten Staatsdienern Geld wegnehmen, damit die von den Rentenreformen Betroffenen die moralische Genugtuung verspüren, dass auch alle andern hoheitlich geschädigt werden, und das soll man dem Kandidaten als Wähler hoch anrechnen. Prompt tritt die Kanzlerin als Anwalt der armen Beamten auf: „Das sind oft Menschen, die oft sehr sehr wenig verdienen... Wenn man Pensionen hört, denkt man immer an Staatssekretäre oder Ähnliches. Es sind aber Menschen, die ein sehr kleines Gehalt haben und die müssen jetzt mal aufmerksam bei der SPD nachfragen...“ Kaltlächelnd erinnert sie daran, dass die öffentlichen Arbeitgeber ihre Angestellten schon in der Dienstzeit und damit erst recht im Alter entsprechend kurzgehalten haben.

Merkel und Steinbrück befassen in ihrer Wahlpropaganda die Menschen auch noch mit den höheren Sorgen der Politik. Die Kanzlerin wirbt

beim Wahlvolk, wie sehr sie sich um die **Verringerung der Staatsschulden** verdient gemacht hat: „Wir wollten es die letzten vier Jahre mit 262 Mrd. Schulden machen. Wir haben es mit 100 geschafft, ich würde mal sagen, das ist ein sensationelles Ergebnis... wir können beginnen, Schulden zurückzuzahlen.“ Millionen Leuten, welche sich damit herumschlagen, Marktwirtschaft und Sozialstaat ein Leben abzuringen, trägt sie allen Ernstes an, sich den Kopf der Herrschenden über deren Machtmittel zu zerbrechen. Die Wähler, die in ihrer Rolle als abhängig Beschäftigte oftmals von den Sozialleistungen des Staates leben müssen, sollen es der Regierungschefin hoch anrechnen, dass sie es mal wieder geschafft hat, mehr aus ihren Bürgern herauszuholen, dass „die Steuereinnahmen sprudeln“. Und sie will es honoriert haben, dass sie jede Geldleistung an die Bürger unter den Vorbehalt der stocksoliden Staatsfinanzen stellt. Merkel vereinnahmt die Menschen als *deutsche Steuerzahler* für die Überlegenheit deutscher Finanzmacht. Mit einem knappen Verweis auf Griechenland oder Portugal, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten, stellt sie dann noch klar, dass diese Finanzmacht wirklich jeden Bürger etwas angeht: Der Vergleich mit den Krisenstaaten ist der sachdienliche Hinweis ans Wahlvolk, was ihm alles blüht, wenn die in Deutschland erfolgreiche Kumpanei zwischen Finanzinvestoren und staatlichen Schuldenmachern mal nicht mehr klappen sollte. Dann – und das ist der harte Kern der Werbung Merkels mit der von ihr betriebenen Finanzräson Deutschlands – opfern Politiker wie sie den normalen, alltäglichen Lebensprozess ihres Volkes der staatlichen Anstrengung, das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzuerlangen. Eine weitere üble Alternative: Entweder stimmt ihr all den Härten zu, die ich euch unter dem Schlagwort „Verringerung der Staatsschulden“ verordne, oder ich rette meinen soliden Haushalt und damit das Vertrauen der Finanzmärkte noch ganz anders. Und Steinbrück? Der beschwert sich erbost, dass die Kanzlerin von „europapolitischer Unzuverlässigkeit“ der SPD spricht, also nicht anerkennen will, dass er und seine Partei das genauso sehen und es schließlich bei mehreren Abstimmungen im Bundestag bewiesen haben. Gemein findet er also nicht die Stellung der Kanzlerin zum Volk, sondern dass sie nicht würdigt, wie sehr in solchen „Schicksalsfragen der Nation“ auf die SPD Verlass ist. ●

BUCHEMPFEHLUNG



Peter Decker (Hrsg.)

**Demokratie –
Die perfekte
Form
bürgerlicher
Herrschaft**

Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu ‚bewirken‘ oder zu ‚verändern‘.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzige Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

GegenStandpunkt Verlag
ISBN 978-3-929211-13-9
241 Seiten, € 14,80

Bestellung: www.gegenstandpunkt.com

Hungerstreikende Asylbewerber in München: Bedrohlicher Anschlag auf den Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt

Ende Juni schlugen im Zentrum von München zeitweise bis zu 70 Asylbewerber ein Camp auf, treten in Hungerstreik und fordern neben besserer Verpflegung und Unterbringung mehr Bewegungsfreiheit und letztlich ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge.

Die Entscheidungsträger der deutschen Behörden weisen parteiübergreifend deren Forderungen als Anmaßung zurück – weil die Asylbewerber ihr Anliegen mit der Androhung vorbringen, sich zu Tode zu hungern. Im *hilflosesten* aller Appelle, mittels der eigenen Selbstzerstörung die staatlichen Instanzen anzuflehen, entdecken sie einen unverschämten *Machtanspruch*. Das ist versuchte Nötigung des Staats, und der beugt er sich

selbstverständlich keinesfalls:

„Hierzulande ist Politik nicht erpressbar. Wir leben in einem Rechtsstaat, wo man sich nicht durch Hungerstreiks eine Vorzugsbehandlung erzwingen kann. Die Asylbewerber müssen den Hungerstreik sofort beenden.“

Wer wen wie behandelt, entscheidet hier in Bayern ganz allein die zuständige Politik und ihr Rechtsstaat, so Sozialministerin Haderthauer. Und das gilt für Asylsuchende schon gleich. Ein Asylsuchender ist nach den humanitären Richtlinien unseres Rechtsstaats schließlich ein *Bittsteller*, der nichts zu fordern und einzuklagen hat; außer dem Recht, einen Asylantrag zu stellen, haben Flüchtlinge keins. Der Staat hat das Recht,

über den Antrag nach den Ausführungsbestimmungen der Asylgesetzgebung zu entscheiden, also nach seinen Kriterien frei zu entscheiden, ob er ihnen überhaupt eine Berechtigung zum Hierbleiben und damit den Status einer normalen Rechtsperson in diesem Land gewähren will; und die Antragsteller haben die *Pflicht*, sich gefälligst in ihren rechtsstaatlich einwandfrei kodifizierten Status der Rechtlosigkeit zu fügen und auf die Entscheidung der staatlichen Behörden zu warten. Wenn sie in ihrer Not – egal wie ohnmächtig – auf deren Entscheidungen irgendwie Einfluss zu nehmen versuchen, dann vergehen sie sich gegen diesen unerbittlichen Anspruch des Staats – aus politischer Sicht eine ganz und gar ungehörige und unerträgliche Zumutung.

Diese unerbittliche Lektion wiederholt der bayerische Innenminister Herrmann:

„Erpressung als Mittel um Asylrecht zu erhalten, sei völlig indiskutabel. Jeder, der hierzulande Asyl beantragt, habe das Recht auf ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren. Und das bekommt er auch.“

Was er sonst noch bekommt an Essbarem und Unterkunft bis zum Abschluss des Verfahrens, verdankt sich dem Ermessensspielraum des örtlichen Sozialamts. Und der SPD-Oberbürgermeister der Weltstadt mit Herz drückt dasselbe auf seine Weise aus. Er kann nach eigenem Bekunden zwar die Verzweiflung der Hungerstreikenden gut verstehen, aber die berechtigt sie in keinsten Weise, vom Staat etwas einzufordern, was der für sie nicht vorgesehen hat und vorsehen *will* – also, so Udes Logik, ihnen gar nicht gewähren *kann*:

„Ude erklärt, dass er die Verzweiflung erkenne, aber Drohungen könne der Staat nicht nachgeben. Was augenblicklich gefordert wird, ist im Rechtsstaat nicht erfüllbar.“

Was im Rechtsstaat erfüllbar ist, definiert einzig der Rechtsstaat selbst: Wenn die Bittsteller trotzdem etwas anderes fordern, so sind das unhinnehmbare Drohungen, denen der Staat selbstverständlich nicht nachgeben darf..

Neben ihrem unerträglichen Erpressungsversuch machen sich die hungerstreikenden Asylbewerber noch eines zweiten Vergehens schuldig. Sie rechtfertigen ihre Forderungen in einem offenen Brief auch noch politisch:

„Wir sind hier wegen des Krieges (mit den Waffen und den hoch entwickelten Unterdrückungstechnologien, die in Ihren Ländern hergestellt wurden), der unsere Sicherheit in den Gebieten zerstört hat, wo wir geboren wurden. Wir sind hier wegen hunderter Jahre Kolonialisierung, Ausbeutung und fatalen Wirtschaftsboykotts, die die politische und ökonomische Infrastruktur peripherer Länder zerstört haben. Wir sind hier, weil Ihre Regierungen politische und wirtschaftliche Freundschaften mit Diktaturen schließen und somit außerhalb der Grenzen der ‚Ersten Welt‘ die Möglichkeit zum Formieren von zivilem Widerstand in diesen geographischen Bereichen zerstören.

Deswegen sehen wir die Deutsche Regierung (und andere Regierungen der ersten Welt) nicht in der Position, uns um die Gründe für unser Hiersein zu fragen oder in ihrem eigenen Rechtssystem darüber zu urteilen. Wir wissen, dass Wohlfahrt und Sicherheit ein Recht für Alle ist, und um unsere frühesten Rechte des Menschen (Recht zu Bleiben, Recht auf Bildung, Recht auf Arbeit, Bewegungsfreiheit, Recht auf freie Wahl des Lebensortes etc.) zu realisieren, gibt es für uns nur eine Möglichkeit, und das ist die Anerkennung unserer Asylanträge.“

Die Anmaßung, sich als Bittsteller zur Anerkennung ihrer Anliegen auf „frühe Rechte“ zu berufen, gegen die unter anderem Deutschland verstoßen habe, und Anklage zu erheben gegen die imperialistischen Zuständigen für ihre Lage – das ist ganz und gar nicht hinzunehmen. Darauf zu insistieren, Opfer von staatlichen Brutalitäten zu sein, für die die Erste Welt und insbesondere auch deutsche Politik verantwortlich zeichnen, und daraus abzuleiten, dass ihnen Deutschland etwas schuldig wäre, das ist der Gipfel der Anmaßung. Damit rühren die Beschwerden nämlich an den Grund, warum sie in ihren Heimatländern nicht leben und überleben können, und die Beschwerdeführer verweigern sich der politischen Sichtweise, die sie als pure Opfer auswärtiger Misswirtschaft und Gewalt ausweist, mit denen der deutsche Staat einfach nichts zu tun hat, und Deutschland allein als *humanitären Zufluchtsort* und Zuständigen für ‚Hilfe‘ definiert. Da maßen sich die Abfallprodukte der modernen imperialistischen Welt an, auf den wahren Zusammenhang ihres Elends und der unerträglichen Zustände ihrer Herkunftsländer mit dem geschäftlichen und politischen Wirken der führenden Weltmarkts- und Weltaufsichtsmächte hinzuweisen. Das Land

Wissenschaftskritik

Vortragsreihe WS 2013/2014

Jeweils donnerstags um 19 Uhr
im Kollegienhaus, Raum 1.019,
Universitätsstraße 15, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

ihrer Zuflucht *dafür* verantwortlich zu machen, dass sie in ihrer Not bei ihm in der Rolle der ohnmächtigen Opfer landen – eine Unverschämtheit, die die angesprochenen Politiker mit aller gebührenden Hinterfotzigkeit abservieren. Sie erledigen die *politische* Anklage der Hungerstreikenden, indem sie deren Sprecher Khorasani als *Person* desavouieren und mit übler Nachrede überziehen:

Seine guten Manieren und seine Beharrlichkeit – „er argumentiere ruhig und gelassen, zeige sich aber radikalisiert und unerbittlich“ – beweisen dem Münchener Oberbürgermeister hinlänglich, dass es sich bei seinem Gegenüber um „den Strategen hinter dem Protest“ handelt, und Ude spürt sofort eine „verwerfliche Kommandostruktur“ zwischen den Streikenden und ihrem Sprecher Khorasani, der – Gipfel seiner Unglaubwürdigkeit – „sich nicht im Hungerstreik befindet“. Der Innenminister wirft einen kurzen Blick in seine Datenbank und siehe da, Khorasani ist kein Asylbewerber, sondern bereits anerkannter Asylant, also eigentlich zu bedingungsloser Dankbarkeit gegenüber Deutschland verpflichtet, stattdessen aber schon in Unterfranken und Berlin als „politisch engagiert“ aufgefallen. Da sind sich also beide Politiker einig: Bei dem Protest geht es in Wahrheit gar nicht um das vorgetragene Anliegen Notleidender, sondern um eine anderen Zwecken dienende ‚Strategie‘ eines gar nicht Hilfesuchenden: Da wiegelt einer gegen den deutschen Staat auf. Damit ist auch klar: Die Hungerstreikenden setzen ihr Leben aufs Spiel, „ohne zu wissen, worum es eigentlich geht. Sie sind von Khorasani instrumentalisiert worden“. Asyl in Deutschland politisch einzufordern und erzwingen zu wollen, darum kann es Asylbewerbern nämlich gar nicht gehen; die können gar nicht wollen, was sie nie kriegen werden. Das wissen die beiden Herren deswegen so genau, weil sie es sind, die dem nie nachgeben. Echten Asylbewerbern würden sie höchstens Anträge auf Verbesserung bei Versorgung und Unterkunft zugestehen. Und wenn die genau das unter anderem fordern, kann man einen Ude auch damit nicht täuschen: Diesbezügliche Forderungen missbraucht der gerissene Khorasani bloß als „Begleitmusik, um sich die Unterstützung von Sympathisanten zu sichern“.

Im Sinne der Streikenden ist es also, sie auf ihren asylrechtlichen Status als Bittsteller wieder zurückzuführen und sie aus der „Geiselhaft“ ihrer unverantwortlichen politischen Verführer zu befreien:

„Jetzt liegt die Verantwortung bei denen, die die Gruppe bestärkten. Es ist unverantwortlich, sie darin zu bestärken, Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Es ist fraglich, ob ein Todesfall wirklich etwas bewirken würde“, so Ude. Opfer, von denen er sich

7.11. Philosophie

Ein Denken aus dem Geist der Rechtfertigung
Dr. Peter Decker (Nürnberg)

5.12. Geschichte

Die Verwechslung von Begriff und Genese
Paul Pflüger (München)

16.1. Soziologie

Die Abstraktion „Gesellschaft“
Prof. Egbert Dozekal (Frankfurt/Main)

nicht beeindrucken lässt, können schließlich nur sinnlos sein. „Die wichtigste Botschaft ist, dass mitten im Herzen der Stadt Todesfälle zu befürchten sind, die nicht durch die Erfüllung der Forderungen abgewendet werden können.“

Sich auch von unappetitlich Sterbenden in der Flaniermeile der Landeshauptstadt nicht das kleinste Zugeständnis abpressen zu lassen, ist nun mal die unumstößliche Maxime des Rechtsstaats. Auf der soliden Basis dieser Alternativlosigkeit halten es die rechtsstaatlichen Instanzen dann für geboten, die „armen Schutzlosen“ nicht sterben zu lassen, und greifen humanitär durch. Sie „retten deren Leben“ und machen so deren Absicht zunichte. Das Camp wird gewaltsam aufgelöst, die Hungerstreikenden werden auf die städtischen Krankenhäuser verteilt und zwangsernährt, und ihre Asylverfahren ordnungsgemäß weitergeführt.

Erfolgreich vom Druck der Straße befreit ist die Angelegenheit wieder da, wo sie hingehört, bei den *staatlichen Behörden* und deren souveränen Berechnungen. Der bayerische Ministerpräsident erklärt die Asylpolitik zur Chefsache und definiert die Probleme der Asylpolitik gleich so, wie er sie vom Tisch haben will. Am zumeist ablehnenden Ergebnis der Asylverfahren hat Seehofer nichts auszusetzen, aber dass sie so lange dauern, ist für ihn mindestens so unerträglich wie für die Betroffenen. Zudem sollten zur Stärkung der Humanitas Bavariae die einen oder anderen Zustände in den Heimen „überprüft“, eventuell auch „verbessert“ werden. Seehofer kann sich sogar vorstellen, Asylbewerbern mit gutem Führungszeugnis „nach einer angemessenen Zeit“ statt der unbeliebten Lebensmittelpakete ein paar „Gutscheine“ zukommen zu lassen. Sozialministerin Haderthauer denkt in denselben Bahnen staatlicher Verbesserung der Asylpolitik, verortet das Problem aber mehr in der föderalistischen Struktur der BRD und sinniert zwecks Angleichung der Verfahren in den Bundesländern zum Beispiel darüber, „das Sachleistungsprinzip zu flexibilisieren und immer mehr in Richtung Bargeld zu gehen“. Und der Bayerische Landtag streicht aus der Asyldurchführungsverordnung schon mal den Halbsatz, dass die Unterbringung der Asylbewerber „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern soll“. „Sehr zur Freude“ der zwischenzeitlich von der SZ als „Ministerin fürs Rausekeln“ angepinkelten Chefin des Sozialressorts: Sie müsse deswegen an der bayerischen Asylpolitik gar nichts ändern, da „sich unsere Politik nie an diesem Halbsatz ausgerichtet hat, er aber sehr wohl als Verhetzungspotential gedient hat, um unsere gute Politik schlechtzureden“. So ist zuguterletzt auch die *Deutungshoheit* über die Asylpolitik wieder da, wo sie hingehört. ●

„Fair Trade“ – Der kapitalistische Weltmarkt als Herausforderung an die Moral der Konsumenten

Regelmäßig wird der Konsument darüber informiert, welche Schweinereien in seinen Konsumprodukten stecken: afrikanische Kindersklaven in der Schokolade; total verarmte Bergleute aus Bolivien oder dem Kongo in Handys und Festplatten; mies bezahlte, überarbeitete, schließlich bei Brandkatastrophen sterbende Näherinnen aus Pakistan oder Bangladesch in den Klamotten; zum Selbstmord getriebene chinesische Arbeiter in iPhones und iPads; ...

Weiter wird mitgeteilt, dass von fehlenden Arbeitsschutzbestimmungen, von nicht endenden Arbeitstagen und Dumping-Löhnen vor allem im Westen beheimatete multinationale Konzerne profitieren, die mit diesen Methoden ihre Kosten senken und ihre Gewinne machen. So sieht also unsere freie Marktwirtschaft in den Entwicklungs- und Schwellenländern aus: Sie geht buchstäblich über Leichen.

Was sagt uns das? Beweisen Kinderarbeit, Arbeitssklaven, Hungerlöhne und regelmäßige Arbeitsunfälle nun, wie viel schlechter der Kapitalismus im Süden doch ist, oder beweisen die abstoßenden Zustände, dass dort dieselbe Rechnungsweise herrscht und die Menschen dieselbe Rolle als Kostenfaktor des Kapitalreichtums spielen wie im Norden – nur eben auf Basis geringerer Produktivität und Konkurrenzfähigkeit?

Und was soll praktisch aus solchen Berichten und der fälligen Empörung folgen?

Soll man zum Feind dieser Wirtschaftsweise werden oder zu ihrem Gewissenswurm? Soll man von unseren global agierenden Multis Besserung verlangen, etwa dass sie ihre Profitmacherei im Süden so wunderbar menschenwürdig gestalten wie im Norden?

Dass moralische Appelle nichts nützen, weiß

jeder; aber auch damit ist noch lange nicht der Stab gebrochen über die kapitalistische Wirtschaft und ihre Träger: Freiwillig, so viel ist klar, ändern die Kapitalisten gar nichts, man muss sie zwingen. Aber gewissenhafte Konsumenten – so die rettende Idee – können sie ja auch zum Besseren zwingen: Die Käufer übernehmen Verantwortung an Stelle der wirtschaftlich Verantwortlichen und verbessern die Welt, indem sie die Macht des kleinen Geldes benutzen, um die Manager des großen Geldes zu erziehen: Beim Einkauf lassen sie Waren, die mit üblen Ausbeutungspraktiken hergestellt werden, links liegen und verhelfen den ethisch sauberen Profitmachern zu ihren Profiten.

So viel Einbildung über die eigene Macht, die Welt mit gewissenhafter Auswahl aus dem bunten Warenangebot und ein paar Euro höheren Preisen für moralisch einwandfreie Turnschuhe, Handys etc. korrigieren zu können, so viel billiger guter Wille lässt sich auch nicht davon irritieren, dass die global produzierenden Multis inzwischen auch diese Produktqualität als Mittel ihrer Konkurrenz entdeckt haben und den Käufer mit „social responsibility-Zertifikaten“ umgarnen. Das hält man offenbar nicht für einen Hohn auf das ursprüngliche kritische Anliegen, sondern für seinen Erfolg.

Um Identität und Unterschied des Kapitalismus in seinen Zentren und in seiner Peripherie; um Macht und Ohnmacht des Konsumenten, um kritische Verantwortung für den Globus und brave Mitmacherei daheim – soll es auf unserer Diskussionsveranstaltung gehen:

Montag, 28. Oktober, 19 Uhr
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen

Der Papst prangert die Indolenz der Welt gegenüber dem Flüchtlingseiland an

Klarstellungen der Öffentlichkeit zum Verhältnis von Politik und Moral

Seine erste Reise führt Papst Franziskus, „*der die Leiden der Armen in den Mittelpunkt seines Pontifikats gestellt hat*“ (FAZ), auf die Mittelmeerinsel Lampedusa, weil er in diesem „*Symbol für den Umgang mit Flüchtlingen*“ den geeigneten Ort sieht, für sein Anliegen eines gottgefälligeren Umgangs mit seinen Schutzbefohlenen zu werben. Er lässt in seiner Rede beim Bußgottesdienst keinen Zweifel daran, dass er die von der EU zum „*Schutz ihrer Außengrenzen*“ gewaltsam praktizierte Politik der „*Festung Europa*“ für eine einzige Verurteilung an den von der Hl. Kirche vertretenen Werten der Mitmenschlichkeit hält. Er beklagt das Schicksal der „*Armseligsten*“, der unzähligen „*Brüder und Schwestern*“, die im Mittelmeer bei der „*Suche nach einem besseren Leben*“ den Tod gefunden haben, und das derjenigen, die es unter Einsatz ihres Lebens in den Hoheitsbereich der

EU geschafft haben. Er geißelt diese Verhältnisse als Ausdruck eines „*beschämenden Egoismus der heutigen Welt*“, sieht hinter den qualvollen bis tödlichen Wirkungen des EU-Abschreckungsregimes auf die Hilfesuchenden eine „*Kultur der Gleichgültigkeit*“, deutet die Schrecken als Abwesenheit von „*brüderlicher Solidarität*“ und Barmherzigkeit und gibt auch zu erkennen, bei welchen konkreten Subjekten er diese Defizite insbesondere festgestellt hat, indem er für sie bei seinem Chef Fürsprache hält:

„*Wir bitten Dich, Vater, um Verzeihung für diejenigen, die mit ihren Entscheidungen auf höchster Ebene Situationen wie dieses Drama geschaffen haben.*“ (zit. nach SZ 8.7.13)

Mit denen will er nichts zu tun haben, die Begleitung seiner Reise durch den für die Flüchtlingspolitik zuständigen italienischen Minister lehnt er ab. Dieser Papst will mit der Autorität seines Amtes, seinem hohen moralischen Anspruch und „*Zeugnissen gelebter Nächstenliebe*“ für die

geplagten Kreaturen „*etwas bewirken*“, ein Zeichen setzen, dass „*die Regierungen ihre Einwanderungspolitik überdenken*“ und „*das Gewissen wachrütteln, damit sich die Tragödien nicht wiederholen.*“ (Spiegel Online 8.7.)

Das ruft in der deutschen Öffentlichkeit ein begeistertes Echo hervor – einerseits. Sie erennt ihn zum „*Gewissenserwecker*“, „*Prediger des Weltethos*“ und erfreut sich an der Art und Weise, wie er uns und unseren Regierungen ein schlechtes Gewissen macht und die Leviten liest: „*Wo ist Dein Bruder?*“ Das sollen wir uns, der kleine Mann und der große Machthaber, gleichermaßen fragen angesichts der Gräueltaten im Mittelmeer. Jeder prüfe sein eigen Werk – wer wollte da schon ohne Schuld sein! Die deutsche Öffentlichkeit lobt die moralische Wucht seines Auftritts, seine „*persönliche Glaubwürdigkeit*“ und seine Empathie für die Ärmsten buchstäblich in den Himmel.

Ganz anders sieht die Würdigung bei der Frage des *Effekts* der päpstlichen Anstrengungen aus – der Einfluss auf die praktische Politik und der Nutzen für die Lage der armen Teufel sind gleich null:

„*Es werden trotzdem wieder Menschen beim Versuch sterben, Lampedusa, das gelobte Land, zu erreichen; sich trotzdem immer neue Menschen in Somalia und Eritrea auf den Weg machen und gewissenlosen Schleppern ihr letztes Geld geben. Europa wird trotzdem neue Mauern bauen, um diese Menschen abzuschrecken.*“ (SZ 9.7.)

Mit dem Verweis auf die Faktenlage weisen die öffentlichen Meinungsbildner dem Papst seinen wirklichen Zuständigkeitsbereich zu. Seine Philippika halten sie für absolut nutzlos – und halten zugleich am Lob des Nutzlosen fest, weil ihr Ertrag nämlich auf einer ganz anderen Ebene als der praktisch-politischen liegt:

„*Er lenkt die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Existenzen am Rande und damit in die Mitte der Menschlichkeit. Politiker und Bürger, so sie ihr Christsein ernst nehmen, müssen sich von nun an etwas einfallen lassen, wenn sie das Flüchtlingseiland für unerheblich halten wollen.*“ (SZ, ebd.)

Die Affirmation der beklagten politischen Realität, an der sich nun einmal nichts ändern lässt, wird hier ergänzt durch die Wahrheit über die Moral: Sie ist kein ernst zu nehmender Einspruch gegen irgendwelche „*Misstände*“ und ihre Gründe, sondern gehört in den Wissenshaushalt der Erdenbürger und des öffentlichen Diskurses als gute ‚menschliche‘ Haltung, die man zu und neben den praktisch gültigen politischen Interessen pflegt, die als ‚persönliche Einstellung‘ Hochachtung verdient, aber niemals als wirkliche Leitlinie politischen Handelns missverstanden werden darf. Um dessen Bereicherung hat sich der Papst verdient gemacht, indem er die Gewissensprüfung verschärft und der Öffentlichkeit neue Parameter zur höchst kritischen Würdigung des politischen Geschehens geliefert hat: Nichts schöner, als den Innenminister von der Christenpartei der Heuchelei zu überführen, weil er sich bei seinen humanitären Krokodilstränen zu wenig hat „*einfallen lassen!*“

So landet eine Kritik, die die wirkliche Welt an dem gottgefälligen Bild von ihr misst und deshalb auch immer nur die Abwesenheit von Menschlichkeit und Barmherzigkeit, stattdessen allenthalben Egoismus und Hartherzigkeit vorfindet, nie bei einer Kritik der Zwecke, die die so sehr verdammte Wirklichkeit bestimmen, sondern auf dem aller moralischen Kritik gebührenden Platz: Wo der oberste Hüter der Moral mit dieser die Welt verbessern will, sorgt die Öffentlichkeit für ihre korrekte Einordnung. ●